

18.08.2023

## Kleine Anfrage 2389

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias AfD

### **Tumult in der Notunterkunft (NU) Selm – Landrat fordert Schließung der Zeltstadt – SPD sieht lediglich „Kommunikationsstörungen“**

In der Notunterkunft (NU) Selm ist es am 8. August 2023 erneut zu Ausschreitungen gekommen. Die NU war mit Stand 31.03.2023 zu 98 % ausgelastet (736 von max. 750 Unterbringungsplätzen).

Aus einem lokalen Internetportal geht hervor, dass die Bewohner die Mitarbeiter mit Steinen beworfen haben, die daraufhin zum Eigenschutz die Flucht ergriffen haben.<sup>1</sup> Der Vorfall löste einen erneuten Großeinsatz der Polizei aus. Etwa 50–70 Personen sollen beteiligt gewesen sein. Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen wurden 3 Personen kurzfristig festgenommen. Nach Aussage der Kreispolizeibehörde Unna gab es seit Februar 2023 an der NU Selm 30 Einsatzanlässe. Dabei ging es u. a. um Eigentums- und Körperverletzungsdelikte, Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Bedrohungen.<sup>2</sup> Auslöser der aktuellen Tumulte war laut WAZ offenbar die Tatsache, dass „den zumeist arabischstämmigen Männern verboten worden war, einen Elektrokocher unter brennbaren Zeltplanen zu benutzen“.<sup>3</sup>

Im Nachgang der Ereignisse forderte der Landrat, Mario Löhr, jetzt überraschend eine Aufgabe der Zeltstadt noch in diesem Jahr.<sup>4</sup> Dies habe er auch gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg deutlich gemacht. Begründet wird die Forderung mit einer Verunsicherung der Bevölkerung und der Sicherheit von Mitarbeitern, u.a. der Zentralen Ausländerbehörde. Adressiert an die zuständige Ministerin führte der Landrat weiter aus: „Ich habe die klare Erwartungshaltung, dass Josefine Paul als zuständige Ministerin diese Form der Unterbringung schnellstmöglich beendet.“<sup>5</sup>

Dabei war es laut WAZ ausgerechnet Landrat Löhr, der „noch zu Jahresbeginn der Landesregierung schriftlich angeboten hatte, im Kreis Unna 3000 Flüchtlinge aufzunehmen. Wenn das Land die Kosten trage, werde man die Menschen auf die Städte verteilen und versuchen, sie zu integrieren. Die Grundstimmung der Bevölkerung schien positiv, vor allem gegenüber Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine war große Hilfsbereitschaft der Bürger zu spüren“.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://ausblick-am-hellweg.de/2023/08/09/aufrohr-in-zeltstadt-selm-bork-bewohner-werfen-mit-steinen-mitarbeiter-fliehen-aus-angst/>

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.waz.de/politik/landespolitik/fluechtlingsheime-in-nrw-warum-anwohner-oft-vergessen-werden-id239159337.html>

<sup>4</sup> Vgl. <https://ausblick-am-hellweg.de/2023/08/09/nach-sicherheitsrelevantem-vorfall-landrat-fordert-schliessung-der-zeltstadt-selm/>

<sup>5</sup> Ebd.

Statt 3000 Frauen und Kinder aus der Ukraine fanden sich in der NU Selm 750 Männer aus „unterschiedlichsten Kulturkreisen“ ein, weshalb es laut Landtagsvizepräsident, Rainer Schmeltzer, seither Beschwerden in Richtung Düsseldorf habe. Die Vorfälle in Selm reihten sich ein in „eine Serie von Kommunikationsstörungen zwischen Anwohnern von großen Flüchtlingsunterkünften und der schwarz-grünen Landesregierung“. Auch SPD-Landtagsfraktionsvize Lisa Kapteinat moniert „Schwierigkeiten bei der Kommunikation und fehlende Beteiligung bzw. Berücksichtigung kommunaler Entscheidungen“.<sup>6</sup>

Den Anwohnern von großen Flüchtlingsunterkünften „Kommunikationsstörungen“ oder eine „Verunsicherung“ zuzuschreiben, wenn über ihre Köpfe hinweg für sie sehr schwerwiegende Veränderungen im direkten Lebensumfeld beschlossen werden, wirkt skurril und verstörend und zeugt von einer gewissen Entfremdung vom Souverän.<sup>7</sup>

Insgesamt verfügen die Notunterkünfte in NRW über eine aktive Kapazität von 7.528 Plätzen und eine Belegung von 4.468 Personen – oder 59 % (Stand 31.03.2023). Da auch die Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) ausgelastet sind, ließe sich die Forderung des Landrats nur durch die Inbetriebnahme von landesweit mind. 10 weiteren ZUE mit einer Kapazität von jeweils ca. 450 Plätzen kompensieren. Hierzu fehlen nicht nur die Immobilien, dieses Vorgehen ist dem Bürger zudem nicht länger vermittelbar, da u. a. die Zugangszahlen momentan dramatisch ansteigen.

Der ungebremsste Zustrom weiterer Migranten bzw. Asylbewerber, bedingt durch die bedingungslose Hinnahme einer stark ansteigenden Anzahl illegaler Einreisen, ist aus integrationspolitischer, sicherheitspolitischer und finanzieller Sicht für die Kommunen nicht länger hinnehmbar. Wiederholte Hilferufe aus den Kommunen oder auch direkt von betroffenen Bürgern werden bisher ignoriert, was dem sozialen Frieden auf Dauer nicht zuträglich ist.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele Einsatzanlässe der Polizei in der NU Selm gab es seit der Errichtung der Zeltstadt? (Bitte differenziert nach Monat und Anzahl listen)
2. Welche Straftaten wurden in diesem Zusammenhang bisher festgestellt? (Bitte differenziert nach Straftatbestand und Anzahl listen)
3. Wie viele dieser Straftaten durch Bewohner der NU zum Nachteil der Mitarbeiter oder der Anwohner der NU wurden bisher festgestellt? (Bitte differenziert nach Straftatbestand und Anzahl listen)
4. Wie reagiert die zuständige Ministerin, Josefine Paul, auf die Forderungen des Landrats nach einer Schließung der NU Selm bis zum Jahresende bzw. der NU als Form der Unterbringung allgemein?

---

<sup>6</sup> Vgl. <https://www.waz.de/politik/landespolitik/fluechtlingsheime-in-nrw-warum-anwohner-oft-vergessen-werden-id239159337.html>

<sup>7</sup> Vgl. Art. 20 GG

5. Wann gedenkt die zuständige Ministerin, Josefine Paul, auf wiederholte Hilferufe aus den Kommunen einzugehen, wonach die Unterbringungskapazitäten erschöpft sind?

Enxhi Seli-Zacharias